

**MAGDALENA MARTULLO**  
Wie sie Ems gegen  
Bankencrashes absichert  
SEITE 52



**ANGEKLAGTER EX-SONOVA-CHEF**  
Warum Chapero bei der  
Befragung falsch reagiert hat  
SEITE 50

**Analyse Seite 53**

Warum die Bewältigung  
der Eurokrise einem  
Leiterlispiel gleicht

**Aufträge Seite 54**

Warum Arbonia-Forster  
nach Russland expandiert

**Aktien Seite 56**

Warum bei Logistikfirmen  
Vorsicht geboten ist

# 49

## «Daten-CDs auch in Frankreich»

Laut Peter V. Kunz  
drohen Bussen

**ZÜRICH/BORDEAUX** Am Dienstag untersuchte die französische Justiz Büros und Wohnungen mehrerer UBS-Manager. Der Berner Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz ist überzeugt, dass dahinter neben finanziellen vor allem psychologische Motive stecken.

### Herr Kunz, was will Frankreich mit der Razzia bei der UBS und deren Managern bezwecken?

Die französische Regierung macht damit deutlich, dass unbesteuerter Gelder definitiv nicht mehr toleriert werden.



Peter V. Kunz  
sieht zwei  
französische  
Ziele

### Drohen den hiesigen Banken Bussen wie in Deutschland? Julius Bär leistete im letzten Jahr eine Vergleichszahlung von 50 Millionen Euro.

Davon gehe ich aus. Die Franzosen fahren eine Doppelstrategie: Mit der Razzia lösen sie einerseits eine Reihe von Selbstanzeigen aus. Auf der anderen Seite gelangten sie damit an etliche Bankinformationen.

### Ist zu befürchten, dass nun auch in Frankreich mit gestohlenen Bankkundendaten gehandelt wird?

Sofern die Regierung bereit ist, auf illegalem Wege an die Bankkundendaten zu gelangen und es genügend kriminelle Banker gibt, werden Daten-CDs auch in Frankreich Hochkonjunktur haben.

### Braucht es jetzt ein Abgeltungssteuerabkommen mit Frankreich?

Die Schweiz hat Frankreich schon früh ein Abkommen angeboten. Dieses wurde aber abgelehnt. Frankreich wird nun erst einmal abwarten, ob sich Deutschland mit der Schweiz einigen kann.

### Eine Razzia erfolgte vergangene Woche auch bei deutschen CS-Kunden. Im Fokus stehen Versicherungsmäntel, die für ihr Reputationsrisiko bekannt sind. Sollten diese Produkte abgeschafft werden?

Versicherungsmäntel sind nicht generell illegal, es müssen aber die Voraussetzungen nach jeweiligem Recht erfüllt sein. Ist dies der Fall, gibt es keinen Grund für eine Abschaffung.

INTERVIEW: MARTINA WACKER

VON ALICE CHALUPNY, CORNELIA KRAUSE, PASCAL TISCHHAUSER UND JOËL WIDMER

**ZÜRICH/DÜSSELDORF** Norbert Walter-Borjans soll wieder zugeschlagen haben: Gestern wurde publik, dass der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen eine neue Daten-CD mit deutschen Steuer-sündern erworben habe. Das Bundesland bezahlte angeblich 3,5 Millionen Euro für die Informationen, die über rund 1000 Kunden der Privatbank Coutts in Zürich mit Vermögen in zwei- und dreistelliger Millionenhöhe Auskunft geben sollen, wie die «Financial Times Deutschland» schrieb. Zudem hiess es, dass zwei weitere CDs geprüft würden.

Der Vorgang ist erstaunlich – sollte er sich tatsächlich ereignet haben. Denn die Schweiz und Deutschland hatten sich darauf verständigt, auf den Ankauf gestohlener Daten zu verzichten, als die beiden Länder im September 2011 das Abgeltungssteuerabkommen unterzeichneten. «Beide Vertragspartner sind an das Abkommen gebunden, solange der Ratifizierungsprozess läuft», bestätigt Mario Tuor, Sprecher des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF). Der Ankauf wäre demnach illegal und käme einem Vertragsbruch gleich. Was die Schweiz in einem solchen Fall zu tun gedenkt, dazu äussert sich Tuor nicht.

Auf deutscher Seite heisst es indes, die Vereinbarung sei noch kein geltendes Recht. «Deshalb gibt es nichts zu beanstanden», sagt Thomas Eigenthaler, Vorsitzender der Gewerkschaft der deutschen Steuerbeamten. Das SIF hat jedenfalls keine Anzeichen dafür, dass es zu einem Datenkauf gekommen ist. Selbiges antwortet die Bank Coutts. Ein Datenleck ausschliessen könne sie allerdings nicht.

Nordrhein-Westfalen würde für einen Ankauf grünes Licht aus dem Bundesfinanzministerium benötigen, dessen Chef Wolfgang Schäuble ist. Dort heisst es: «Wir kennen den Vorgang nicht.» Und: Das Ministerium habe stets darauf hingewiesen, dass CD-Ankäufe kein dauerhaftes Modell seien, um die Steuerprobleme zu lösen.

Walter-Borjans sieht das anders: Das Steuerabkommen sei noch nicht in Kraft getreten. «Da ist es nur folgerichtig, dass wir uns nicht schon jetzt so verhalten, als ob das Abkommen bereits gelten würde», sagt er der Sonntagszeitung. Der Fiskus sei auf Erkenntnisse aus dem Ankauf von CDs angewiesen, um Steuerhinterziehungen auf die Spur zu kommen. «Das Geld braucht der Staat für Schulen, Strassen und Kindergärten», legt der SPD-Politiker nach.

### Bankiervereinigung verlangt sofortigen Stopp von Ankäufen

Walter-Borjans sorgt mit seinen Tiraden für rote Köpfe in der Schweizer Wirtschaft. Die Bankiervereinigung verlangt, dass



DIE BANK Daten von Kunden der Privatbank Coutts, Zürich, sollen sich auf der angekauften CD befinden

# Deutscher CD-Kauf düpiert Schweiz

Bankiervereinigung spricht von Vertragsbruch – Junge FDP unterstützt Referendum gegen Steuerabkommen



DIE VERTRAGSPARTNER Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf mit ihrem deutschen Amtskollegen Wolfgang Schäuble im September 2011



DER KÄUFER Norbert Walter-Borjans, NRW-Finanzminister

weitere Ankäufe von Steuerdaten-CDs sofort unterbunden werden – «sie sind ja illegal», erinnert Sprecher Thomas Sutter.

Deutlicher wird Eric Sarasin. «Das ist einfach unfassbar», empört sich der Präsident der Handelskammer Deutschland-Schweiz. Walter-Borjans Aktionen seien rein politisch motiviert und verfolgten lediglich das Ziel, die Ratifizierung des Steuerabkommens in Deutschland zu torpedieren. «Dann wird man den automatischen Informationsaustausch durchdrücken wollen», glaubt Sarasin. Diese Forderung wiederum findet auf der Schweizer Seite bislang keine Mehrheit.

Auch bei der Politik sorgt Walter-Borjans für Kopfschütteln. «Der neue Vorfall zeigt, dass wir mit dem Abgeltungsabkommen solche nicht deklarierten Vermögenswerte ein für alle Mal regeln müssen», sagt FDP-Präsident Philipp Müller. «Ich habe absolut kein Verständnis dafür, wenn sich ein Staat als Hehler betätigt. Das ist eines Rechtsstaats unwürdig», sagt CVP-Fraktionschef Urs Schwaller. Die Aussage, man kaufe solche Daten-CDs, animiere die Leute richtiggehend dazu, Datendiebstahl zu begehen. Dennoch ist der Nationalrat davon überzeugt, dass es das Steuerabkommen braucht. Ein solches Abkommen bringe die notwendige Ruhe, welche die Schweiz auch für die bilateralen Abkommen mit der EU und für das Flughafendossier benötige.

### «Es bringt nichts, sich provozieren zu lassen»

Anders sehen das die Jungfreisinnigen des Kantons Zürich. Sie schliessen sich der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz und den Jungsozialisten an, welche die Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich per Referendum bekämpfen. Sie stellen sich damit gegen die Mutterpartei FDP. «Der Bundesrat hat sehr schlecht verhandelt», begründet Präsident Alain Schreiner. «Die Zugeständnisse in den Nachverhandlungen gehen eindeutig zu weit.» Sie seien nicht grundsätzlich gegen die Abgeltungssteuer, sagt Schreiner, sondern gegen die konfiskatorisch hohen Steuersätze und inakzeptablen Begleitumstände. «Mit den Abkommen werden auf dem Finanzplatz viele Arbeitsplätze verloren gehen.»

Handelskammerpräsident Sarasin, der auch Geschäftsleitungsmitglied der gleichnamigen Bank ist, hat kein Verständnis für den Schritt der Jungen FDP. «Das ist ein Fehler, denn er schürt den politisch motivierten Streit weiter», sagt er und verlangt nun, dass die deutsche Bundesregierung ein Machtwort spricht. Von der Schweizer Politik fordert er einen kühlen Kopf. «Es bringt nichts, sich provozieren zu lassen», sagt er. Wenn die Ratifizierung des Abkommens in Deutschland durchfalle, könne es viele Monate, wenn nicht Jahre dauern, bis ein neuer Vertragsentwurf vorläge.